

1. FREIZEIT

1. Vereinheitlichung des Jugendschutzes (Luise Fellner)

Die Jugendlichen der einzelnen Bundesländer werden durch die Vereinheitlichung gleichgestellt. Weiters würde eine Vereinheitlichung eine Vereinfachung sein, da ein Gesetz leichter zu kontrollieren ist als verschiedene. Deshalb sollten in allen Bundesländern die Gastronomiebetriebe gleich streng kontrolliert werden und auch im Falle eines Verstoßes gleich geahndet werden. Außerdem sollten die Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren bei der Erarbeitung der Vereinheitlichung des Jugendschutzgesetzes mitbestimmen dürfen z.B. per Umfrage.

2. Ausbau der bereits bestehenden Jugend Card „Check it“ (Florian Baumgartner)

Wir setzen uns für einen Ausbau der Check-it Card ein, da sie zurzeit vorrangig nur als Ausweis fungiert. Da Jugendliche oft wenig bis gar kein Geld zur Verfügung haben, wäre es angebracht, Ermäßigungen bzw. Freistellungen für die öffentlichen Verkehrsmittel (auch an Wochenenden und in den Ferien) anzubieten, da dadurch auch die Umwelt geschont wird. Ebenso sollten Vergünstigungen bei Veranstaltungen, Konzerten usw. vorgesehen werden.

3. Vielfältigere Veranstaltungen (Elisabeth Gütl)

Wir möchten Veranstaltungen nutzen, um einen Ausgleich zur Schule zu haben. Deshalb ist es auch notwendig, dass es ein großes Angebot an Veranstaltungen für verschiedene Zielgruppen gibt.

Weiters werden Shuttle-Busse zu den Veranstaltungen gewünscht. Alte Bräuche z.B. Kirtage dürfen nicht verloren gehen, sondern müssen vom Land Steiermark unterstützt (z.B. Teilfinanzierungen) und populär gemacht werden. Ein weiteres Anliegen von uns ist, dass die alkoholfreien Getränke bei Veranstaltungen billiger sind als die alkoholischen.

4. Bereitstellung von mehr Jugendräumen und Jugendplätzen (Karoline Zefferer)

Die Jugendlichen wünschen sich Raum für sich, da das zur Steigerung des Selbstwertgefühles führt. Weiters können sie selbst kreativ sein, infolgedessen gibt es keine Langeweile, sondern das Gefühl der Sicherheit und Wertschätzung.

Ferner sind wir der Meinung, dass durch die bessere Ausgestaltung von Freizeitanlagen diese von uns besser benutzt werden.

Demzufolge soll es Angebote für unsere verschiedensten Interessen geben.

2. SOZIALES

1. Arbeitsmarkt (Roman Pronegg)

Wir sind der Meinung, dass die Politik mehr Arbeitsplätze für jugendliche Arbeitssuchende schaffen soll und die Schaffung von Lehrstellen gefördert werden soll.

Die Erleichterung bei der Arbeitssuche kann durch finanzielle Anreize bei Praktikumsstellen und eine flächendeckende Information (Berufsorientierung) über Berufsfelder erfolgen.

Zudem sollten Anreize und rechtliche Vorteile für Unternehmen geschaffen werden, sozial gerecht zu handeln, damit MitarbeiterInnen ein besseres/gesünderes Arbeitsumfeld vorfinden.

2. Integration (Katrin Wallner)

Um eine gute Integration von ZuwandererInnen zu ermöglichen, ist die Schaffung einer funktionierenden Struktur notwendig.

Dies beinhaltet Kindergartenpflicht für MigrantInnen und das Erlernen der deutschen Sprache.

Zudem soll es mehr Einrichtungen geben, die aufklären, Fragen beantworten und auf die Bedürfnisse der MigrantInnen eingehen, Vorurteile abbauen, dem Rassismus vorbeugen und die Interaktion zwischen In- und AusländerInnen fördern.

Das Land Steiermark sollte außerdem auf Bundesebene die Beschleunigung von Asylverfahren unterstützen und einfordern.

3. Gleichberechtigung (Stefan Maier)

An Schulen und in Kindergärten fehlt es an Aufklärungsarbeit im Bereich Gleichbehandlung zwischen Männern und Frauen.

Gender-Peers an Schulen können als Ansprechpersonen und als MultiplikatorInnen fungieren. Außerdem fordern wir den Abbau von Hürden für Frauen/Männer, die in andersgeschlechtlich dominierten Bereichen gehen und keine finanzielle Benachteiligung für Väter, die in Karenz gehen wollen.

Öffentliche Volksvertretungen sollten der Bevölkerungsverteilung entsprechen, wenn die Qualifikationen für das jeweilige Amt erfüllt werden.

4. Soziale Gerechtigkeit (Maria Lisa Pichler)

Da es gravierende soziale Unterschiede gibt, muss die Politik dafür sorgen, Chancengleichheit auf allen Ebenen zu schaffen.

Sozial Schwächere sollen gestärkt werden, sozialer Selektion muss entgegen gewirkt werden. Aus den Erfahrungen heraus kann die Schaffung von Informationsstellen und der Bürokratie-Abbau bei Förderansuchen eine bessere Auslastung der Unterstützungsmöglichkeiten gewährleisten.

3. UMWELT UND GESUNDHEIT

1. Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (Elisabeth Weitzer)

Da die öffentlichen Verkehrsmittel zurzeit sehr teuer und nicht ausreichend ausgebaut sind, wird viel zu wenig darauf zurückgegriffen. Die verstärkte Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, welche auch zusätzlich mit alternativen Energien betrieben werden, führt zu einer deutlichen Verringerung des CO₂ Ausstoßes und Feinstaubes.

2. Präventive Aufklärung in Schulen (David Schardt)

Da es immer noch große Probleme mit dem Drogen- und Alkoholkonsum Jugendlicher gibt, fordern wir steiermarkweite, verpflichtende Kurse in Form von Workshops für SchülerInnen der 6. Schulstufe im Rahmen des Unterrichts.

Weiters treten wir für eine kostenlose und umfassende Drogenberatung auch nach dem Entzug ein.

3. Rauchverbot in Speiselokalen (Corina Hofmeister)

Es ist uns bewusst, dass das Rauchverbot in Speiselokalen gerade auch bei Jugendlichen ein heikles Thema ist. Da aber sowohl Rauchen als auch Passivrauchen schädlich und beim Essen störend ist, sollte es grundsätzlich verboten sein.

4. Förderung alternativer Energien (Romina Fuchs)

Da unsere Umwelt und der Klimaschutz nicht nur für Österreich, sondern für die gesamte Welt immer wichtiger werden, verlangen wir von der Steiermärkischen Landesregierung, dass es mehr Förderungen alternativer Energieformen geben muss.

4. LEBENSUMFELD

1. Mehr politische Aufklärung für Jugendliche, mehr Podiumsdiskussionen (Eva Schneider)

Gerade jetzt vor der Wahl werden Jugendliche oftmals von Werbungen beeinflusst. Viele wissen aber nicht, wofür sich die verschiedenen Parteien einsetzen.

Deshalb wollen wir, dass Jugendliche besser über Politik Bescheid wissen, da das Alter der Wähler und Wählerinnen auf 16 Jahre gesenkt wurde. Wir wünschen uns, dass der Landtag in einer Resolution die Bundesregierung auffordert, dass ein Pflichtfach „Politische Bildung“ – beginnend mit der 8. Schulstufe – eingeführt wird. So haben auch Lehrlinge die Möglichkeit, etwas über Politik zu erfahren. Es soll darauf geachtet werden, dass dieses Fach überparteilich und unparteiisch unterrichtet wird.

Mehrmals jährlich sollen zu diesem Zweck auch Podiumsdiskussionen an verschiedenen Schulen durchgeführt werden, bei denen Vertreter und Vertreterinnen der Parteien kommen und den Schülern und Schülerinnen ihre Fragen zu aktuellen Themen beantworten.

2. Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes (Norbert Koch)

Da viele Schüler und Schülerinnen aus kleineren Orten kommen, ist es sinnvoll, dass öffentliche Verkehrsmittel (vor allem Busse) auch in entlegene Orte (z.B. im Ennstal) stündlich fahren.

Außerdem erhöhen Nachtbusse vor diversen Diskotheken, Clubs und Bars zwischen 20 und 5 Uhr, die mindestens stündlich fahren, die Verkehrssicherheit. Es ist auch billiger als das Taxifahren.

Bei der Fahrplanerstellung ist auf die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes zu achten. Hierbei sind betroffene Jugendliche der jeweiligen Region miteinzubeziehen, um eine adäquate und praxisbezogene Lösung zu finden.

3. Kostenlose öffentliche Verkehrsmittel (Maria Marchel)

Als Anreizsetzung für eine Höherqualifizierung von vor allem jungen Menschen, erachten wir es als ein adäquates Mittel, die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos anzubieten, um somit eine finanzielle Entlastung für Menschen in Ausbildung zu erreichen. Die Zielgruppe sind Schüler und Schülerinnen, Lehrlinge und Studenten und Studentinnen, wobei bei letzteren dieses Angebot an die Kriterien des Universitätsgesetzes 2002 (Paragraph 92, Abs.1) zu knüpfen ist.

Weiters ist für junge Menschen Mobilität ein unabdingbarer Faktor ihrer Lebensgestaltung, wobei bei oben genanntem Vorschlag der öffentliche Verkehr eine wirkliche Alternative zum Auto darstellen würde.

4. Günstige Wohnungen in Bildungsballungszentren (Stefan Jeitler)

Eine große soziale Barriere, vor allem finanzieller Natur für Schüler und Schülerinnen und Studenten und Studentinnen, die in ländlichen und vor allem in exponierten Lagen wohnen, zeigt sich vor allem in der zu geringen Anzahl an günstigen Wohnmöglichkeiten in Bildungsballungszentren (nicht nur in Städten).

Hier sind auch die Standorte von Bildungsanstalten geringeren Vorkommens z.B. spezielle Fachschulen zu berücksichtigen.

Es sollen - um allen jungen Menschen ein annähernd gleicher Zugang zu allen Bildungseinrichtungen zu ermöglichen - mehr sozial gerechte und günstige Wohnmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.